

KEINE BUNDESMITTEL FÜR DIE DEUTSCHE UMWELTHILFE

INITIATIVANTRAG DES MIT-BUNDESVERBANDS

AN DEN CDU-PARTEITAG, 7./8.12.2018

„Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass die Deutsche Umwelthilfe (DUH) keine Mittel mehr aus dem Bundeshaushalt bekommt. Die CDU in der Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundstagsfraktion sollen darauf hinwirken, dass bereits etatisierte Mittel, die noch nicht verbindlich zugesagt wurden, mit einem Sperrvermerk versehen werden und in künftigen Haushalten keine Mittel mehr für die DUH etatisiert werden.“

Begründung:

Angesichts begrenzter Mittel, sollte sich die Bundesregierung prioritär auf die finanzielle Unterstützung von Initiativen und Vereinen konzentrieren, die sich viel fokussierter und wirkungsvoller als die DUH durch ehrenamtliches Engagement für Umweltschutz einsetzen und zugleich nicht – wie die DUH – einen Großteil ihrer Einnahmen aus dem Abmahnwesen und von wirtschaftlich Interessierter Seite bekommt. Die DUH hat sich mit einem sehr kritikwürdigen Verhalten auf geschäftsmäßiges Abmahnwesen konzentriert und muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass es hier weniger um den Satzungszweck des Umweltschutzes, dafür mehr um das Erzielen von Einnahmen geht. Außerdem ist der „Klagefeldzug“ für Diesel-Fahrverbote auch eher als PR-Aktion zu Lasten Dritter, denn als aktiver Beitrag zum Umweltschutz zu werten, da es deutlich wirkungsvollere Maßnahmen gäbe, um die gewünschte Reduzierung von Schadstoffen in der Luft zu erreichen. Zudem ist die DUH dem nicht widerlegten Vorwurf ausgesetzt, dass dieses Verhalten – neben dem PR-Effekt – auch wirtschaftlich motiviert ist, da die DUH seit fast zwei Jahrzehnten vom japanischen Autokonzern Toyota finanziell unterstützt wird, der keine Diesel-Motoren mehr entwickelt und insofern ein großes wirtschaftliches Interesse hat, dass die DUH mit ihrem Kampf für Diesel-Fahrverbote erfolgreich ist.